



JUDENTUM

Religiöser Wiederaufbau

RABBINER IM NACHKRIEGSDEUTSCHLAND –
ZU EINEM FORSCHUNGSPROJEKT AN DER LMU MÜNCHEN.

VON MICHAEL BRENNER

Wer ein Haus baut, will bleiben.“ Seit Salomon Korn diese Worte anlässlich der Einweihung des nach seinen Plänen gebauten Frankfurter Gemeindezentrums am 14. September 1986 sprach, sind sie immer wieder zur Charakterisierung der sich wandelnden Situation der Juden Deutschlands gebraucht worden. Doch auch in den ersten Nachkriegsjahrzehnten lebten die deutschen Juden nicht ohne ein Dach über dem Kopf. Nimmt man Korns Satz ernst, so bildeten die fünfziger und sechziger Jahre eine Zeit des Sesshaftwerdens der jüdischen Gemeinden in Deutschland. In diesem Zeitraum wurden über 40 Synagogen und Betsäle errichtet und zwei Vorkriegssynagogen wiederaufgebaut. Tatsächlich fiel der Satz Korns bereits in dieser Zeit, nämlich bei der Eröffnung der Hamburger Synagoge 1960, als der Hamburger Bürgermeister Max Brauer feststellte: „Ein Haus errichtet man nicht für einen flüchtigen Aufenthalt. Ein dem Dienst am Höchsten gewidmetes Bauwerk schafft nur, wer den festen Willen zum Bleiben hat.“

Die 1958 eingeweihte Synagoge in Düsseldorf.

Die ersten beiden deutschen Nachkriegssynagogen entstanden außerhalb des damaligen Gebiets der Bundesrepublik. 1950 fand die Einweihung der zur neuen Synagoge umgebauten ehemaligen Leichenhalle auf dem Friedhof in Dresden statt, ein Jahr später wurde in Saarbrücken, das zum autonomen Saargebiet gehörte, der erste Synagogenneubau eröffnet. Die erste Synagoge in der Bundesrepublik



wurde wenig später, 1952, in Stuttgart eingeweiht und knüpfte an die demokratischen Traditionen der Bauhaus-Architektur an.

Die neuen Bauten dienten nicht nur dem Gebet, sondern erfüllten auch zunehmend Funktionen für das gesellige Beisammensein der Älteren sowie für Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen. So wurde zwar die Synagoge in der Kölner Roonstraße 1959 wieder eingeweiht, doch war nun der eigentliche Betraum wesentlich kleiner als vor der Zerstörung, dafür wurde ein Gemeindezentrum integriert. Dass die Einweihung einer Synagoge im Nachkriegsdeutschland auch von jüdischer Seite skeptisch beäugt wurde, wurde in Köln in der Grußadresse des Leiters der Israel-Mission deutlich, der klarstellte, diese Synagoge möge lediglich „eine Vorstufe für das Zusammenleben künftiger

Generationen in Israel“ sein. Der Gemeinderabbiner rechnete wohl mit derartigen Aufforderungen, als er in seiner Einweihungsrede diesen Einwänden vorsichtig entgegnete: „Auf den Einwand unserer Brüder und Schwestern im Ausland: ‚Wird dieser Neuaufbau nicht morgen wieder in Flammen aufgehen?‘ erwidern wir: Eure Befürchtungen sind auch die unsrigen. Unsere jüdische Pflicht fordert jedoch – seit der Wüstenwanderung – von uns: ein Zelt dem Ewigen aufzuschlagen, wo immer wir auch sein mögen.“ Anlässlich der Einweihung der neuen Düsseldorfer Synagoge 1958 hatte der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Hendrik George van Dam, angemahnt: „Die äußere Form wird durch Bauten geschaffen, und wir wünschen der jüdischen Gemeinschaft in Düsseldorf, daß es ihr gelingen möge, sie mit geistigem Leben zu erfüllen.“



Synagogen mit Leben füllen

Es war in der Tat leichter, Synagogen zu bauen, als diese mit Leben auszufüllen. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren hatte sich im von den Alliierten besetzten Deutschland, vor allem in der amerikanischen Zone, vorübergehend etwa eine Viertel Million jüdischer Holocaustüberlebender aus Osteuropa aufgehalten, die bald nach der Staatsgründung Israels 1948 bzw. im Zuge der Lockerung amerikanischer Immigrationsbestimmungen Deutschland verließen. Zurück blieben Gemeinden von etwa 25.000 Juden in der Bundesrepublik und 2.500 in der DDR. Viele von ihnen saßen auf den sprichwörtlichen „gepackten Koffern“ und planten ihre eigene Zukunft oder die ihrer Kinder außerhalb der „blutgetränkten“ Erde Deutschlands. Dem religiösen und geistigen Wiederaufbau der Gemeinden wurde daher oftmals keine Priorität eingeräumt.



SHARON ADLER

Eine der ersten Rabbinerinnen in Deutschland:
Elisa Klapheck
(Frankfurt am Main).

Viele Gemeinden waren zu klein, um wöchentliche Gottesdienste abhalten zu können, und beschränkten sich auf die Gebete an den Feiertagen. Anderen fiel es schwer, geeignete Vorbeter zu finden. Rabbiner gar erwiesen sich als Mangelware. Während der Weimarer Republik hatte es in Deutschland mehrere hundert Rabbiner gegeben, die in drei Rabbinerseminaren ausgebildet worden waren. Jede größere Gemeinde hatte liberale und orthodoxe Rabbiner, welche die unterschiedlichen Auffassungen der Gemeindemitglieder vertraten.

Rückkehr mit Zweifeln

Nach dem Krieg gab es zwar noch eine Vielzahl deutschsprachiger Rabbiner, aber nur wenige entschlossen sich zu einer Rückkehr aus dem Exil. Diese vertraten zumeist ein ganzes Bundesland, amtierten zusätzlich oft noch als Religionslehrer oder Kantor und mussten liberalen und orthodoxen Juden zugleich dienen. Manche kehrten Deutschland bald wieder enttäuscht den Rücken. Der erste Frankfurter Nachkriegsrabbiner Dr. Leopold Neuhaus wanderte bereits 1946 in die USA aus, sein Nachfolger Dr. Wilhelm Weinberg erklärte in seiner Abschiedspredigt im November 1951: „... auch die politisch Blinden merken es allmählich, daß durch die deutschen Lande wieder jene Gestalten geistern, die für die reibungslose Durchsetzung der braunen Ordnung und des nazistischen Welteroberungszuges gearbeitet haben ...“.

Neuhaus war nicht der einzige Rabbiner im Nachkriegsdeutschland, der die Zukunftsaussichten jüdischen Lebens in Deutschland bezweifelte. Selbst diejenigen Rabbiner, die nach Deutschland zurückkehrten, mussten wie der junge Nathan Peter Levinson aus Berlin feststellen, dass sie zwar in die gleiche Stadt kamen, doch keineswegs in die gleiche jüdische Gemeinde,

die sie verlassen hatten. So machte Levinson, der länger als jeder andere Rabbiner in Deutschland (in Berlin, Baden und Hamburg) wirken sollte, bereits in seiner Antrittspredigt deutlich, dass es keinerlei Kontinuität jüdischen Lebens mit dem Berlin, das er als junger Rabbinatsstudent verlassen hatte, geben könne: „Berlin war nicht Berlin, Berlin waren seine Menschen. Ich frage mich, wo sind diese Menschen? Wo die Alten und wo die Jungen, die Kinder und die Frauen, die Rabbiner und die Weisen, die ich einst so geliebt hatte? Sie sind grausam aus dieser Stadt herausgerissen worden, mit Brutalität und Unmenschlichkeit und sie sind nicht wiedergekommen.“

In der geistigen Wüste

In kleineren Städten als Berlin amtierten zunächst entweder gar keine Rabbiner, oder sie blieben oft nur vorübergehend. Der früher im ostpreußischen Elbing amtierende Siegbert Neufeld wurde 1951 von der Israelitischen Religionsgesellschaft Württembergs angestellt. In einem Rückblick auf seine Tätigkeit in Stuttgart betonte Neufeld vor allem seine anfängliche Isolation als Rabbiner in Deutschland zu Beginn der fünfziger Jahre: „In der langen Zeit, in der ich fast allein in Deutschland war, wurde ich häufig, zum Teil auch telegrafisch oder telefonisch, aus den verschiedensten Gemeinden Deutschlands um religiöse Auskünfte gebeten. Ich spürte manchmal das Verlangen, mich mit einem Kollegen auszusprechen, aber es war keiner da.“

Auch 1960 amtierten erst sieben offizielle Gemeinderabbiner in den über 70 jüdischen Gemeinden Deutschlands, hinzu kam noch eine Handvoll in Osteuropa ausgebildeter Rabbiner in den bayerischen Gemeinden, die vor allem aus ehemaligen „Displaced Persons“ osteuropäischer Herkunft bestan-

Literaturhinweise

M. Bodemann, „Ich verlasse dieses Land in Verbitterung, doch vor keinem Volke darf man die Fensterläden zuschlagen ...“ Zur Abschiedspredigt von Rabbiner Dr. Wilhelm Weinberg (1901–1976) in Frankfurt am Main am 11. November 1951, in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte*, 1995.

A. Brämer, Die Gründung der „Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik“, in: Susanne Schönborn, *Zwischen Erinnerung und Neubeginn. Zur deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945*, 2006.

M. Brenner, *Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950*, 1995.

P. Honigmann, Die Gründung der „Vereinigung für Thoratreues Judentum“ 1954 in Fürth, in: *Nachrichten für den Jüdischen Bürger Fürth*, 1994.

N. P. Levinson, *Ein Rabbiner in Deutschland*, 1987.

S. Neufeld, „Die Gründung der Rabbinerkonferenz in Deutschland“, in: *Udim. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland* 1, 1970.

den. Trotz dieser kleinen Zahl von Rabbinern gelang es ihnen bald, sich zu organisieren. Eine führende Rolle fiel hierbei dem Landesrabbiner von Hessen, Isaac Emil Lichtigfeld, zu. Er wurde Vorsitzender der sich im März 1957 konstituierenden Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik. Zweck dieser Organisation war die Koordination aller religiösen und sozialen Aufgaben der Rabbiner. Ein rabbinisches Gericht sollte zur Klärung der religionsgesetzlichen Streitfragen regelmäßig zusammentreten.

Deutsche und ostjüdische Rabbiner

Während es der Rabbinerkonferenz gelang, orthodoxe und liberale Rabbiner zusammenzuführen, blieben die traditionellen Rabbiner der osteuropäisch geprägten Gemeinden Bayerns dem Zusammenschluss fern. Unter spiritueller Führung des Fürther Rabbiners David Kahane Spiro, der vor dem Krieg jüngstes Mitglied des Warschauer Rabbinerkollegiums gewesen war und 1945 im KZ Dachau befreit wurde, etablierten sie 1954 ihre eigene „Vereinigung für Thoratreues Judentum“, die jedoch keinen dauerhaften Bestand hatte. Der Münchner Rabbiner Samuel A. Snieg begründete sein Fernbleiben von der Rabbinerkonferenz damit, „daß diese Organisation übereilt geschaffen worden ist“ und dass ihr Mitglieder angehörten, die keine Befähigung hätten, in wichtigen Fragen, wie etwa dem jüdischen Scheidungsrecht, zu bestimmen. Während die osteuropäischen Mitglieder ihren deutsch-jüdischen Kollegen vorwarfen, im rabbinischen Recht nicht versiert genug zu sein, fürchteten diese, dass die osteuropäischen Rabbiner die Gemeinden nicht nach außen vertreten könnten.

In diesen Konflikten kamen auch die unterschiedlichen Auffassungen vom Rabbineramt zum Ausdruck.

Zwar hat der Rabbiner – im Gegensatz zu christlichen Geistlichen – niemals die Funktion eines Priesters und wird auch nicht als Mittler zwischen Mensch und Gott betrachtet. Doch während er für die liberalen Juden vor allem Seelsorger und Vorbeter im Gottesdienst ist, sehen die orthodoxen Juden im Rabbiner in erster Linie den Schriftgelehrten, dessen Rat in religiösen Rechtsfragen anerkannt ist.

Übertritte zum Judentum

Zu den Aufgaben der Rabbiner im Nachkriegsdeutschland gehörte es, sich mit den Übertrittsgesuchen zum Judentum auseinanderzusetzen. Die kleine jüdische Gemeinschaft in Deutschland hätte sich in den ersten Nachkriegsjahren wohl verdoppeln können, hätte sie alle Übertrittsgesuche, die ihr von nichtjüdischen Deutschen vorlagen, positiv beantwortet. Bereits im Juni 1946 lagen allein der jüdischen Gemeinde Berlin, die damals 7.000 Mitglieder zählte, 2.500 Aufnahmegesuche vor. 1946 beschäftigte sich in Berlin eine eigene Gemeindekommission ausschließlich mit der Frage von Übertritten. Diese konnte jedoch nur wenig Konkretes beschließen, da zu diesem Zeitpunkt noch kein Gemeinderabbiner angestellt war, der die Konversion hätte vornehmen können. Der spätere Gemeinderabbiner Nathan Peter Levinson resümierte über seine Berliner Amtszeit in Berlin: „Die Aufgabe des Befragens und des Bearbeitens von Anträgen für Übertrittswillige machte eine der Hauptaufgaben des Rabbiners zwischen 1948 und 1953 aus.“ Während anfangs vorwiegend Juden, die aus dem Judentum ausgetreten waren, nichtjüdische Ehepartner von Juden sowie deren Kinder um Aufnahme suchten, erweiterte sich der Kreis in den nächsten Jahren erheblich. In der Rückschau charakterisierte Levinson die Übertrittswilligen folgendermaßen: „Die einen traten

aus Überzeugung über, für die anderen war das der Protest gegen die Nazizeit, sich als Verfolgter zu identifizieren; andere wiederum aus Opportunismus, um Care-Pakete zu bekommen, auch das gab es. Und dann die Verrückten, die von einer Religion zur anderen wechselten. Es gab einen Fall von jemandem, der sich selbst beschnitten hat und daran beinahe verblutet ist.“

Tora, Hammer und Sichel

In der DDR amtierte mit Martin Riesenburger ein Rabbiner, dessen rabbinische Ordination in Frage stand. Riesenburger hatte zwar an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums studiert, war dort aber nicht als Rabbiner ordiniert worden. Er hatte während des Krieges als Seelsorger im Jüdischen Altersheim gearbeitet und konnte zahlreiche Torarollen, Gebetsbücher und andere Ritualgegenstände auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee verstecken und so vor der Vernichtung retten. In Anerkennung um seine Verdienste beim Wiederaufbau der Ost-Berliner Gemeinde, und wohl auch aus Mangel an anderen Kandidaten, wurde er zunächst Rabbiner der Gemeinde in Ost-Berlin und 1961 auch Landesrabbiner der DDR. Riesenburger hatte zweifellos seine Verdienste bei der religiösen Betreuung der Gemeinden, erwies sich aber auch als ein williges Werkzeug des SED-Staats. Nach seinem Tod 1965 folgte ihm für vier Jahre mit Ödön Singer ein ungarischer Rabbiner. Von 1969 an verblieben die mittlerweile auf 1.000 Mitglieder geschrumpften jüdischen Gemeinden der DDR ohne Rabbiner.

Rabbiner als Gemeindeangestellte

Als Gemeindeangestellte waren alle Rabbiner von den gewählten Gemeindevorständen abhängig, was Kompetenzgerangel nicht



Veränderungen nach 1989

Um diesen Missstand zu lindern gründete der Zentralrat der Juden in Deutschland 1979 die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, die u. a. der Vorbereitung zur Rabbinerausbildung dient. In den ersten 30 Jahren ihres Bestehens hat die Hochschule allerdings nur wenige später in Deutschland amtierende Rabbiner, dafür mehr wissenschaftliches Personal sowie Religionslehrer für jüdische Gemeinden ausgebildet. Mit dem liberalen Abraham Geiger Kolleg in Potsdam 1999 sowie im Rahmen der orthodoxen Lauder-Jeschiwa in Berlin 2009 entstanden zwei weitere Rabbinerseminare. Diese Initiativen spiegeln die neue Situation der jüdischen Gemeinden wider, deren Mitgliederstand aufgrund der Einwanderung aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion von 30.000 im Jahr 1990 auf etwa 110.000 zwanzig Jahre später angewachsen ist. Dementsprechend ist die Zahl der in Deutschland amtierenden Rabbiner im gleichen Zeitraum von 15 auf 70 gestiegen. Dabei ist eine enorme Differenzierung zu beobachten. Auf der einen Seite nahm die Zahl liberaler Rabbiner, zu denen seit 1995 auch einige Frauen zählen, ständig zu; auf der anderen Seite amtieren heute auch 14 Rabbiner der ultraorthodoxen Chabad-Lubawitsch-Bewegung in Deutschland, die 2007 ihr eigenes Erziehungszentrum mit Grundschule in Berlin eröffnet hat.

Eine Rabbinerpersönlichkeit wie Abraham Geiger, Samson Raphael Hirsch oder Leo Baeck ist indes nach der Schoa nicht wieder entstanden. Wenn von der Normalisierung deutsch-jüdischen Lebens heute viel die Rede ist, so sollte man dies nicht vergessen. Ein neues deutsches Judentum muss sich auch an seiner geistigen Führung messen lassen.

Erste Rabbinerordination in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg: Rabbiner Walter Jacob (rechts), Präsident des Abraham Geiger Kollegs, führte die Ordination am 14. September 2006 in der Synagoge Dresden gemeinsam mit Malcolm Mattitiani (Südafrika) durch.

ausschloss. Diese eskalierten, wenn die Rabbiner sich in politische Angelegenheiten oder die Gemeindevorstände sich in halachische (religionsgesetzliche) Fragen einschalteten. Als der Berliner Rabbiner Levinson als Reaktion auf die Vernehmungen und Verhaftungen jüdischer Funktionäre in der DDR Anfang 1953 die dort lebenden Juden dazu aufrief, das Land zu verlassen, wurde er von seinem Gemeindevorsitzenden Heinz Galinski entlassen. Umgekehrt betrachteten es die Rabbiner als ihre Aufgabe zu entscheiden, wer Gemeindevorstand werden konnte. Doch wollten dies auch viele Gemeindevorstände selbstständig regeln. Der Landesrabbiner von Baden, Robert Raphael Geis, beklagte sich 1957 in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Rabbinerkonferenz, dass sich Gemeindeführer „das Recht der religiösen Entscheidung und Repräsentanz bei völliger Unwissenheit vielfach anmaßen.“

Der Zentralrat machte gegenüber der Rabbinerkonferenz unmissverständlich klar, dass sie sich in keinerlei öffentliche Angelegenheiten einzumischen habe und dass allein der Zentralrat mit den deutschen Behörden zu verhandeln habe. In einer Brandrede vor der Ratsversammlung des Zentralrats beklagte sich Rabbiner Lichtigfeld darüber, dass die Rabbiner als bloße Gemeindeangestellte angesehen werden, keine ausreichende materielle Unterstützung erfahren und

zu einer „bloßen Scheinexistenz“ degradiert werden: „Ich möchte behaupten, was ich schon vor Jahren bei einer Zentralratssitzung gesagt habe: Die Rabbiner sind in Deutschland genau dasselbe wie in England die Kinder, sie dürfen gesehen, aber nicht gehört werden.“ Gehört wurden die Rabbiner in der breiteren Öffentlichkeit tatsächlich selten. Bei offiziellen Anlässen fungierte der Vorsitzende oder der Generalsekretär des Zentralrats als offizieller Vertreter der in Deutschland lebenden Juden, nicht aber der Vorsitzende der Rabbinerkonferenz.

In den siebziger und achtziger Jahren wurden die Rabbiner in Deutschland noch weiter marginalisiert. Die Generation der noch in Deutschland geborenen Rabbiner wurde langsam durch jüngere Rabbiner ersetzt, die, mangels eines Rabbinerseminars in Deutschland, aus dem Ausland stammten, nur selten Deutsch sprachen und mit den Gepflogenheiten deutsch-jüdischen Lebens wenig vertraut waren. Sie kamen zumeist aus Israel und kehrten nach einigen Jahren wieder dorthin zurück. Im Gegensatz zu den so genannten „Doktor-Rabbinern“ aus dem Vorkriegsdeutschland, die neben ihrer Rabbinerausbildung an einer deutschen Universität promoviert wurden, haben die in Israel ausgebildeten Rabbiner selten an Universitäten studiert. Zudem sind sie oftmals wesentlich orthodoxer als die Gemeinden, die sie vertreten.

Der Autor ist Inhaber des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur an der LMU München und seit 2009 ordentliches Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Er leitet das von der VolkswagenStiftung finanzierte Projekt „Juden in der Bundesrepublik nach 1945“ und hat u. a. die Bücher „Kleine Jüdische Geschichte“ (2008), „Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950“ (1995) sowie „Geschichte des Zionismus“ (2002) veröffentlicht.